

Rassistischer Grundkonsens hausgemacht



Kommentar

Martin Link

„Zehn Menschen haben ihr Leben verloren. Sie mussten sterben, weil es eine Realität gibt, außerhalb der öffentlichen Wahrnehmung.“ empört sich die Abgeordnete der Grünen Luise Amtsberg in einer insgesamt weniger empathischen denn technokratischen Debatte am 18. November im Kieler Landtag - und erklärt, was sie damit meint: „Eine Realität, in der Menschen prügeln, jagen und töten, angetrieben von einer diffusen menschenverachtenden Weltanschauung, die rassistisch, antisemitisch, homophob oder obdachlosenfeindlich ist.“

Auch die sogenannten Sicherheitsbehörden und weite Teile der Presse waren bass erstaunt, als offenbar wird, wer verlaufs der letzten 13 Jahre unter anderem 8 türkische und einen griechischen Einwohner dieser Republik exekutierte hat. Mit jedem neuen migrantischen Opfer hatten sich bis dahin Ermittler und ihnen zugetane

Medien von Jahr zu Jahr mehr überzeugt gezeigt, dass es sich dabei um mafiöse Ausländerkriminalität und nicht um politische Kriminalität gegen Ausländer handele. Daran dass rechtsextremistische rassistische Verbrechen längst zur Realität im vereinigten Deutschland gehören, dass sie noch bevor die drei aus Zwickau sich auf ihren blutigen Weg gemacht hatten, schon zahlreiche Opfer fanden, erinnerte Luise Amtsberg in der besagten Plenardebatte: „Eine Realität, die nach der grausamen und unvorstellbaren Brandanschlagsserie auf Asylbewerberheime in Deutschland, in dessen Folge auch in Schleswig-Holstein viele Menschen zu Tode kamen, auch heute noch ihr unerträgliches Gesicht zeigt“, und mahnte: „Wir wissen, dass wir mehr als 1.300 Rechtsextreme in Schleswig-Holstein haben. Die Hälfte davon gewaltbereit.“

„Es ist unerträglich, dass Menschen, die sich dafür entschieden haben, in Deutschland zu leben, jetzt Angst haben.“

befindet am selben Ort die Abgeordnete des SSW Anke Spoorendonk. „Niemand soll sich in diesem Land weniger sicher fühlen müssen, weil er nicht in diesem Land geboren ist, weil er anders aussieht oder anders heißt als die Mehrheit in diesem Land.“ Ein Appell der nicht nur mit Blick auf rechtsextremistischen Terror bitter nötig erscheint. Immer wieder wird aus den bürgerlichen Parteien heraus die Aufrechterhaltung von normierten Diskriminierungen und eine Politik, die auf Abwehr und Aufenthaltsbeendigung nicht marktfähiger MigrantInnen zielt, damit begründet, dass in der Bevölkerung mehr Liberalität nicht mehrheitsfähig sei. Mit Blick auf diese gegenüber Zuwanderern ablehnend eingestellte Bevölkerung vermitteln VertreterInnen sämtlicher sogenannter Volksparteien anlässlich eines flüchtlingspolitischen Podiums Anfang November im Kieler Landeshaus, die Bevölkerung dürfe nicht überfordert und müsse vielmehr dort abgeholt werden, wo sie stehe. Damit

Presseerklärung

PRO ASYL fordert Aktionsplan gegen Rassismus

Der Skandal um das rechtsextremistische Terrornetzwerk muss umfassend aufgeklärt werden. Doch dies reicht nicht aus.

Es muss die Frage gestellt werden, vor welchem gesellschaftlichen Hintergrund dieser Skandal gedeihen konnte. Fremdenfeindliche, rassistische, antisemitische und islamophobe Orientierungen sind nicht nur an den Rändern der Gesellschaft zu finden, sondern reichen bis weit in die politische Mitte und in die staatlichen Strukturen von Polizei und Geheimdiensten. Die aktuell diskutierten Veränderungen der Geheimdienststrukturen ändern hieran nichts.

PRO ASYL fordert, dass in Deutschland die Bekämpfung von Rassismus als systematische und langfristige Aufgabe angesehen wird. Dazu gehört auch, dass die Zivilgesellschaft gestärkt wird. In zentralen Bereichen hat der Bund sich bislang darauf beschränkt sog. Modellprojekte zu fördern und deren Finanzierung wieder einzustellen, sobald die Projekte ins Laufen gekommen waren.

PRO ASYL wirft der Bundesregierung vor, Antirassismuspolitik in den letzten Jahren immer wieder ausgebremst zu haben, statt sie aktiv zu fördern. Die EU-Antirassismus-Richtlinie wurde fehlerhaft umgesetzt. Zudem wurde die Weiterentwicklung des Antidiskriminierungsrechts auf EU-Ebene von der Bundesregierung systematisch blockiert und offen bekämpft, die Antidiskriminierungsstelle des Bundes durch finanzielle Kürzungen geschwächt.

Ihr fehlendes Bewusstsein in Bezug auf die Ursachen von Rassismus offenbart die Bundesregierung, indem sie mangelnde Integration von Migrantinnen und Migranten als Ursache für Rassismus identifiziert. Wer Integration als ein wesentliches Mittel zur Bekämpfung von rassistischen Vorurteilen ansieht, verkennt, dass rassistische Vorurteilsstrukturen unabhängig von der eigenen Erfahrung mit MigrantInnen existieren. Maßnahmen gegen Rassismus müssen bei der Mehrheitsgesellschaft ansetzen. Die Ursache von Rassismus liegt nicht bei den Betroffenen.

PRO ASYL e.V., www.proasyl.de; Frankfurt/M., 18.11.2011

meint die sich in der angeblichen „gesellschaftlichen Mitte“ drängelnde politische Klasse offenbar genügend Gründe für die Nichtdurchsetzbarkeit einer humanitären und großzügigen Ausgestaltung des Bleiberechts für langjährig geduldete Flüchtlinge benannt zu haben.

Doch der unterstellte rassistische Grundkonsens in der Gesellschaft erscheint eher hausgemacht. In der Tat kommt eine Politik, die demonstrativ nun schon über Jahrzehnte regelmäßig zigtausende Menschen in diesem Land mit sozial- und ausländerrechtlichen Kniffen zu Objekten administrativer Ausgrenzung degradiert, in der öffentlichen Wahrnehmung so an wie sie gemeint ist. Zu was das beiträgt, ist inzwischen auch im gehobenen Schichten messbar. „Zivilisierte, tolerante differenzierte Einstellungen in höheren Einkommensgruppen scheinen sich in unzivilisierte, intolerante – verrohte – Einstellungen zu wandeln,“

stellt der Bielefelder Forscher Wilhelm Heitmeyer resigniert fest. Die Daten der Ende vergangenen Jahres vorgelegten 9. Zwischenbilanz seiner Langzeitstudie „Deutsche Zustände“ zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind unmissverständlich. Rechtspopulistische Einstellungen verbänden sich zunehmend mit islamophoben Klischees und seien aggressiv aufgeladen. Insgesamt, so Prof. Heitmeyer und sein Team, greife eine „Ideologie der Ungleichwertigkeit“ um sich – und das nicht erst seit der sogenannten Sarrazin-Debatte.

Tatsächlich verunglimpfen schon lange Wortgewaltige aus Politik und Medien mit ihren öffentlichen Tiraden die an Europas Grenzen auf Einlass Hoffenden pauschal als Wirtschaftsflüchtlinge und als unverdiente Profiteure unserer Sozialsysteme. Eine Rechtslage und die damit korrespondierende Verwaltungspraxis, die Flüchtlinge allzu oft in unzumutbaren Unterkünften wohnverpflichtet,

sie mit Sachleistungen abspeist oder aus der Teilhabe an Arbeitsmarkt und Bildungssystem weitgehend ausschließt, demonstriert die „Ideologie der Ungleichwertigkeit“ (Heitmeyer).

Erst recht in Zeiten wirtschaftlicher Besorgnis liegt es nicht fern, dass dieser legale Status Quo einer erheblichen Bevölkerungszahl die Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund als gerechtfertigt erscheinen lässt. Erklärungen für diese Prozesse liefern ebenfalls die Soziologen aus dem Team von Prof. Heitmeyer von der Universität Bielefeld: Das Bemühen um die Sicherung eigener Privilegien ginge mit der „Abwertung und Desintegration volkswirtschaftlich etikettierter Nutzloser“ und der „kulturellen Abwehr durch Abwertung“ einher.

Dass in solchem Klima – wie den Opfern der Nazimörder aus Zwickau sogar post mortem geschehen – von Gewalt Betroffene noch zu Verstrickten in mafiösen Seilschaften erklärt werden, passt ins Bild einer von „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ infizierten Gesellschaft und ihrer Ermittlungsbehörden.

Doch „niemand soll befürchten müssen, dass er für seine eigene Ermordung mitverantwortlich gemacht wird, weil die Polizei keine andere Erklärung finden kann als dass er Ausländer ist, dass die planlosen Ermittlungsbehörden auf das Stereotyp von den Schutzgelderpressern vom Bosphorus zurückgreifen,“ verspricht die schleswig-holsteinische Landtagsabgeordnete des SSW Anke Spoorendonk - und nimmt Ihre KollegInnen aus allen Fraktionen in die Pflicht: „Wir wollen in Zukunft alles dafür tun, dass Einwanderer und ihre Nachfahren in Deutschland genauso sicher leben wie alle Anderen. Das ist die politische Botschaft, die in der Hitze des technokratischen Gefechts ...nicht untergehen darf.“

Dass mit dieser „politischen Botschaft“ auch die Flüchtlinge und ihr legitimer Anspruch auf ein diskriminierungsfreies Leben und Chancengerechtigkeit gemeint sind, bleibt indes zu hoffen.

